

# Adorfer Wochenblatt.

## Mittlungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Sechzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit: 22 Ngr. 5 Pf.

N<sup>o</sup> 10.

Mittwoch, 5. März

1851.

### Drei Tage aus dem Leben eines sächsischen Volksvertreters.

III.

1850.

(Schluß.)

Wir haben hiermit die Rede des Herrn Ministers, ihrem Hauptinhalte nach, mitgetheilt. Der Herr Minister widersprach nämlich damit der gegnerischen Behauptung: daß, wenn die Union nicht zu Stande komme, alsdann nichts übrig bleiben werde, als die Rückkehr zum Bundestage. — Erst in wenig Tagen wird dieser Widerspruch seinen ersten Geburtstag feiern, und schon hat es inmittelst sich erwiesen, daß nicht nur „dem Allvater“, — wie Unger sagt — sondern auch der Reaction kein Ding „unmöglich“ ist. Kurhesen weiß davon zu erzählen.

Auffallend war es übrigens, daß diese Rede, ihrer glänzenden Außenseite ungeachtet und trotzdem, daß darin selbst an die sonst leicht erregbaren Saiten des Dresdner Partikularismus mit geschickter Hand geschlagen worden war, doch keines einzigen Beifallszeichens sich zu erfreuen hatte, während solche der einfachen Rede des Herrn v. Carlowitz in der vorherigen Sitzung so zahlreich zu Theil geworden waren.

Nach dem Minister sprach Kresschmar. Er glaubte mit Recht, daß „er eher die Elbe werde rückwärts fließen sehen, als daß man sich herbeilassen werde, eine neue Nationalversammlung nach Mammen's Ideen zu berufen.“ Daß Oesterreich und Baiern als Schwerpunkt in Deutschland gelten könnten, habe selbst der Minister nicht behauptet. Er ist daher mit der „Abschlagszahlung“ vom 26. Mai zufrieden und erklärt sich für die Carlowitz-Rüttnerschen Anträge.

Ihm folgte der vormalige Minister D. Weinlig, ohne jedoch mit seiner Rede die Erwartungen zu erfüllen, die man von diesem wackeren Kenner der materiellen Interessen Sachsens gehegt hatte. Er fürchte — begann er — daß in dieser Sache beschlossen werden würde, was die Regierung, Mammen und Poppe (großdeutsche, reactionäre Richtung) wolle, nämlich — Nichts. (Heiterkeit.) Er urtheile unbefangen in der Sache, trotzdem, daß er „in officiellen und halboffi-

ciellen Blättern“ als Ministercandidat und Portefeuillejäger oder als landesverrätherischer Staatsdiener bezeichnet werde. Was das Portefeuille betreffe, so habe er die Süßigkeiten eines Ministerpostens drei Monate lang gekostet, und was den zweiten Vorwurf betreffe, so könne er ebenfalls darüber ruhig sein. Er habe seine Ansichten in dieser Sache weder von Frankfurt noch von Gotha geholt; wolle man ihnen einen Spitznamen geben, so nenne man sie die Ansichten „eines unpraktischen Doctrinellen.“ Er gehe davon aus, daß nur das Positive gestaltunfähig, das Negative aber gehaltlos sei. Darum müsse ein Anfang gemacht werden. Gehe man auf die hauptsächlichsten Wünsche der Bewegung des Jahres 1848 zurück, so finde sich namentlich darunter auch das Begehren einer parlamentarischen Regierung. Diese sei practisch unausführbar in kleinern Staaten, welche einen solchen Aufwand an Staatsmännern nicht machen könnten. Wenn man aber diese nicht erreiche, werde die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse den Volkswünschen nicht entsprechen. Gerade dieses Begehren sei aber auch in einem kleinern Umfange Deutschlands zu erreichen. — Mit dem von der Regierung (bei dem Raibündnisse) gemachten Vorbehalte ist der Redner einverstanden, kann aber nicht daraus dieselben Consequenzen ziehen, und „sieht namentlich nicht ein, inwiefern der Vorbehalt unverträglich gewesen mit der Zustimmung zur Berufung des Reichstages.“ Es hätte dann im Gegentheile die Geltendmachung desselben gleichzeitig bei dem Verwaltungsrathe und bei dem Reichstage, hier von der Regierung, dort von den Abgeordneten erfolgen können; denn darüber, was Sachsen unter allen Umständen erhalten bleiben müsse, würden Regierung und Abgeordnete einig gewesen sein. Die Regierung habe sich also selbst der wirksamsten Mittel begeben, ihren Vorbehalt mit Erfolg geltend zu machen. Dadurch, daß man die Weigerung, der Einberufung des Reichstages beizustimmen, auf den Vorbehalt gegründet, sei übrigens erst Anlaß gegeben worden, die Rechtsbeständigkeit desselben in Zweifel zu ziehen. Aus dem Grunde, aus welchem er für die Reichsverfassung gestimmt, stimme er auch jetzt für Erfurt, nämlich damit nur ein Anfang gemacht und der

einzigste noch vorhandene Keim deutscher Einigung gerettet werde. Man habe gesagt, das Dreikönigsbündniß sei ein Ei, das einen Drachen gebären werde; nun da müsse man eben beim Ausbrüten helfen, damit man den Basilisken tödte, wenn er hervorkomme. (Heiterkeit.) Der Bericht stelle das Dreikönigsbündniß als ein ultimum refugium (letzte Zuflucht) hin, er aber halte das Zurücktreten für das letzte refugium, wenn nämlich auf dem Reichstage die nöthigen Abänderungen nicht zu Stande kämen. Nach dem Gesagten könne er sich natürlich nicht für Wammen erklären, denn „das Unmögliche wollen“ heiße: „Nichts wollen“ — aber auch nicht für den Schenk'schen und für den ersten Theil des v. Carlowitz'schen Antrags (thatsächlich vom Vorbehalte abzusehen). Gerade den Vorbehalt müsse man beibehalten; aber von den wegen Einberufung des Reichstages entstandenen Differenzen müsse abgesehen werden. Er halte es nämlich für eine unhaltbare Stellung der Regierung, wenn sie (wie erklärt worden) nur an §. 4. des Bündnisses festhalte und an den übrigen Paragraphen nicht. Entweder müsse die Regierung vollständig, aber unter Beibehaltung des Vorbehalts, wieder eintreten in das Bündniß, in welchem Falle nur von den wegen Einberufung des Reichstages entstandenen Differenzen abzusehen sei, oder sie müsse förmlich austreten; in keinem Falle dürfe sie in der jetzigen zweideutigen Stellung beharren. Dabei spricht er zugleich sich dahin aus, daß allerdings auch schon der Vertrag von 26. Mai Punkte enthalte, wozu es nach §. 2. der Zustimmung der Kammern bedurft habe. Und die Regierung behaupte ja, bei diesem Vertrage zu beharren! Er wolle also nur eine kräftige und energische Haltung, und daher schließe man sich entweder dem Bündnisse vollständig wieder an und stimme dann für die Carlowitz-Rüttner'schen Anträge, oder, wenn man sich zu einem Wiederanknüpfen nicht entschließen könne, dann bleibe man wenigstens auch nicht in der prekären Stellung, sondern gehe offen mit der Sprache heraus.

Minister v. Beust setzt hierauf nochmals das rechtliche Verhältniß auseinander. Die Stellung Sachsens sei nicht so drückend und verwickelt, als der Vorredner glaube, denn der Vertrag sei nur auf ein Jahr abgeschlossen. Inmittelst müsse man die übrigen Regierungen einen Weg gehen lassen, dem man nicht folgen könne. Uebrigens sei die Erklärung der Regierung nicht dahin gegangen, daß man noch in dem Bündniß verharre, sondern dahin — — — daß man sich noch nicht davon losgesagt habe.

Nach einigen minder bedeutenden Reden P o p p e's und M e h l e r's spricht W a m m e n mit ziemlicher Bitterkeit gegen Preußen und von den „abgenutzten Mänteln, die man für die preussischen Pairs aus dem englischen Oberhause verschrieben“, andererseits aber spricht er wieder davon, daß man dem österreichischen Volke nicht entgelten lassen dürfe, was die Regierung verschuldet. Er spricht ferner von der preussischen Verfassung „mit untergelegter englischer Melodie“ (!) und von einem „vergifteten Brunne, den er zurück stoße“. Nicht er, sondern die Regierungen ständen auf revo-

lutionärem Boden; und an K r e s c h m a r's Bild anknüpfend meint er: die Wässer würden schon wieder schwellen und die Dämme niederreißen. Endlich schließt er: „Bauen Sie nur das preussische Haus aus, es wird auch keine Dauer haben!“

Auch Referent S c h e n k bot merkwürdigerweise Alles auf, um gegen Preußen und mithin gegen seinen eigenen Antrag einzunehmen. Namentlich hegte er Besorgnisse vor dem Wiederaufleben der Aristokratie. Auch in Sachsen werde diese Partei täglich stärker und sie wolle vielleicht auch in diesem Saale wieder eine erbliche Pairie einführen) die Regierung hat ihr inmittelst bereits dazu verholten), die freilich nur eine Duodez Ausgabe sein werde. Zuletzt erwähnt er aber auch die Regierung, sich von Oesterreich und Baiern nicht berücken zu lassen; sie möge vielmehr — wenn man dort nichts Anderes als den alten Bundestag, mit einigen neuen Flittern aufgeputzt, zu Stande bringe — dann mit derselben Charakterstärke wieder umdrehen, wie sie schon einmal umgedreht habe.

Jetzt aber erhob sich wieder v. Carlowitz, und allgemeine Stille und lebhaftige Spannung kehrte schnell in den ganzen Saal zurück. Mit fast bewegter Stimme entgegnete er „auf die vielfachen Vorwürfe, die ihm von der Ministerbank gemacht worden.“ Die Verzögerung in der Berichtserstattung sei nicht seine Schuld; die bekannte preussische Verfassungswirre sei es gewesen, welche — zwar nicht auf ihn, aber auf Andere lähmenden Eindruck gemacht. Was die ihm gemachten persönlichen Vorwürfe betreffe, so berührten dieselben eine Frage, die er nicht zur Sprache gebracht haben würde, die er aber nun weiter verfolgen dürfe und weiter verfolgen werde. Was den ersten Antrag betreffe, so sei ihm allerdings ein solches „Ansinnen“ gemacht und solches von ihm abgelehnt worden. Die Gründe dafür seien theils sein eigenes Geheimniß, theils der Art gewesen, daß er sie ungeschweht offenbaren könne, nämlich Rücksichten auf seine Gesundheit und Ueberdruß an einem Ministerposten, entstanden aus anderthalbjähriger Erfahrung. Man werde sich auch solchen um so gewisser erklären können, als ja ein Vorredner schon „in drei Monaten gesättigt worden sei.“ (Heiterkeit.) Auch jetzt noch würde ihm nichts Unangenehmeres begegnen können, als ein ähnlicher Auftrag. Was den zweiten Antrag betreffe, so sei zuvörderst damals von einer Vertretung Sachsens beim Verwaltungsrathe, von einer Mission, wie sie später Herrn von Beschau ertheilt worden, noch nicht die Rede gewesen. Es thue ihm aber leid, auch noch einen andern Grund an das Tageslicht ziehen zu müssen, der dem Herrn Minister vielleicht nicht angenehm sein werde. (Spannung.) „Wenn ich“ — sagte er — „eine solche Mission übernahm, so mußte ich dem Herrn Minister ein Herz für Deutschlands Einigung zutrauen!“ (Bewegung.) „Und“ — fuhr er fort — „so hoch ich auch die Befähigung des Herrn Ministers anschlage und so sehr ich ihm in jeder Beziehung Gerechtigkeit widerfahren lasse: aber — ein Herz für Deutschlands Einigung hat er nicht!“ (Bravos auf den Tribünen.) — Un-

danke habe er der sächsischen Regierung nicht vorgeworfen, vielmehr ausdrücklich anerkannt, daß die Politik den Anspruch auf Dankbarkeit ausschliesse. Noch weniger habe er Oesterreich herausdrängen wollen, er habe nur erklärt, daß es durch seine Centralisationspläne sich selbst unmöglich gemacht, und daß jetzt Nichts übrig bleibe, als entweder „ein Deutschland ohne Oesterreich, oder — ein Deutschland wie es bisher war, d. h. kein Deutschland! Oesterreich — fuhr er fort — Oesterreich erkläre, daß es aufrichtig einen deutschen Bundesstaat wolle, und ich werde der erste sein, der ihm die Hand reicht und Preußen die alleinige Hegemonie bestreitet.“

Wahr sei es, daß er nicht in jeder Beziehung der Westernich'schen Politik entgegengetreten, aber dem deutschen Bundestage gegenüber habe er sie jederzeit bekämpft, und hätte man seinem Rathe gefolgt, so würde vielleicht kein Jahr 1848 gekommen sein.

Wenn dann das Gesandtschaftsrecht dargestellt worden sei, als sei es nur da zum Nimbus der Krone: so habe der Herr Minister vielleicht gegen sein Interesse gehandelt, und wolle er wünschen, daß man sich seiner Ausführung nicht bei Gelegenheit des betreffenden Ausgabebudgets erinnere. (Man lacht.) Auffällig sei es daß der Minister das Interesse Dresdens vertrete, und er, der Abgeordnete dieser Stadt, dasselbe misachte. Aber warum handle es sich? — Darum, daß ein, zwei oder drei Gesandte nicht mehr hier wohnen würden; Das sei kein Unglück, und wenn es ein solches sei, so traue er seinen Mitbürgern zu, daß sie ein solches Opfer niederlegen würden auf den Altar des Vaterlandes. (Bravo!) Man habe ihm ferner zu verstehen gegeben, daß er kein guter Sachse sei. Er habe aber, wie viele seiner Vorfahren, treu dem engern Vaterland gedient, sich jedoch auch erinnert, daß er als Sachse auch als Deutscher geboren sei, und daß es Pflicht sei, einen Theil seines Lebens auch „der zurückgesetzten Mutter“ zur Verfügung zu stellen. Ein guter Deutscher werde stets auch ein guter Sachse sein. Umgekehrt weniger. Es werde daher leichter sein zu beweisen, daß der Herr Minister ein schlechter Deutscher sei, als daß er — ein schlechter Sachse sei. (Stürmisches Bravo, der Präsident mahnt ernstlich zur Ruhe und droht im Wiederholungsfälle die Galerien räumen zu lassen.)

Er geht nun auf die übrigen ihm gemachten Einwürfe über, bei denen er „eine größere Gemüthsruhe bewahren könne.“ Er bespricht dann die Anträge Mammen's und Joseph's. Unerwartet sei ihm gewesen, daß Herr Poppe mit der Freisinnigkeit der Dreikönigsverfassung nicht zufrieden sei. Er lege aber keinen Werth darauf, denn er glaube, daß es ihm nicht Ernst damit gewesen. (Man lacht.) Durch Beschickung des Reichstags werde man dem Detroyiren am Entschiedensten begegnen. Wie solle aber eine Verfassung zu Stande kommen, wenn man keinen Anfang mache? Man möge sich hüten, in den Fehler des Optimismus zu verfallen.

Doch der Raum verbietet uns noch weitere Mittheilungen aus jener geistvollen Rede, die ja wohl allen unsern Lesern noch in lebhafter Erinnerung ist.

Der Sprecher mahnte zum Schluß nur nochmals dringend zur Einigung. Das — sagte er — ist das ceterum censeo, das ich Ihnen tagtäglich zurufen möchte, und wenn die Zeit drängt, so scheint sie auch jetzt zur Lösung eine günstige. Der Schiffer fährt am liebsten, wenn ein mäßiger Wind seine Segel schwellt, sein Feind ist — Sturmwind — und Windstille. Nun, der Sturm des Jahres 1848, er hat ausgebraust, es weht jetzt ein mäßiger Fahrwind; aber ich fürchte, er ist ein Vorbote, entweder von Windstille oder von neuem Sturm. Jetzt ist es Zeit die Anker zu lichten. Die Maßlosigkeit hat ihr Grab gefunden. Die Theilnahmlosigkeit und Erschlaffung hat noch nicht jeden edlern Trieb erstickt. Jetzt ist es Zeit, die Einheit aufzurichten. Meine Herren, es giebt jetzt zwei Parteien (ich spreche jetzt weniger von Sachsen), die sich die Hände reichen, das deutsche Einigungswerk zu hintertreiben, eine Einheit, gegründet auf einem Bundesstaat mit einheitlicher Spitze und auf constitutionelle Staatsform, aber ohne demokratische Ausschreitung. In der Mitte liegt die Wahrheit — dieser Wahrheit steuern Sie zu. Man nennt unser Ministerium oft das Ministerium der rettenden That für Sachsen — „wohlan meine Herren, werden Sie die Kammer der rettenden That für Deutschland und ihr Ruhm wird größer sein.“

Der Minister kommt dann nochmals auf die persönlichen Verhältnisse zurück (Unruhe und Aufmerksamkeit in der Kammer und auf den Tribünen), er habe sie angeführt, um darzuthun, daß man Anspruch gehabt auf eine schonungsvollere Beurtheilung. Was den Vorwurf betreffe, als ob er ein schlechter Deutscher sei, so gehöre es zu den Errungenschaften der letzten Jahre, Alles einseitig zu beurtheilen. Gesinnungstüchtig sei nur, wer die eine Meinung theile, und wer nicht ein Herz habe für den Bundesstaat mit einheitlicher Spitze, der sei kein guter Deutscher. Er müsse übrigens sogar bezweifeln, ob dieser Vorwurf vollkommen parlamentarisch gewesen.

In sehr feinen Wendungen deutet hierauf Präsident Georgi zu seiner Rechtfertigung darauf hin, daß der Herr Minister zuerst das Gebiet des Persönlichen betreten, und daß er es nicht habe hindern können, wenn dem nur ganz indirecten Vorwurfe eines schlechten Sachsen die ebenso indirecte Replik eines schlechten Deutschen gefolgt sei.

Man kam nun zur Abstimmung, deren trauriges Resultat wir bereits gemeldet. Günstiger stellte sich dasselbe einige Wochen später in der zweiten Kammer, wo ebenfalls ein geistreicher Kampf zwischen demselben Minister und Herrn Prof. Biedermann sich entspann. Man beschloß dort fast mit Einstimmigkeit:

1) zuvörderst zu erklären, daß man bei Erledigung der deutschen Verfassungsfrage jedenjalls die den einzelnen deutschen Völkern, namentlich dem sächsischen Volke durch die Sonderverfassung und die Grundrechte zustehenden Rechte gesichert wissen wolle.

2) Gegen die Regierung die feste Ueberzeugung auszusprechen: daß sie eine schleunige und unverzögerte Erledigung der deutschen Verfassungsfrage im Geiste, der, schon von der Nationalversammlung zu Frankfurt

angestrebten Begründung eines Bundesstaates mit parlamentarischer Regierung und einer aus Wahlen des Volkes hervorgehenden Gesamtvertretung als die unerlässliche Bedingung nicht allein der Herstellung eines gesicherten und dauernden Zustandes der allgemeinen deutschen Verhältnisse, sondern insbesondere auch einer gedeihlichen Entwicklung der innern sächsischen Angelegenheiten und einer ersprießlichen Thätigkeit der sächsischen Volksvertretung betrachte.

3) Die Erklärung hinzuzufügen: daß man daher

auch nur einer in diesem Sinne aufrichtig vorgehenden Regierungspolitik Unterstützung zu gewähren vermöge.

Dies war ein Tag aus dem Landtag 1850. Wir beenden ihn mit denselben Zeilen, die unsern ersten Tag beschlossen:

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,  
Daß ich so traurig bin?  
Ein Märchen aus alten Zeiten,  
Das kommt mir nicht aus dem Sinn.

### Kirchliche Nachrichten.

Künftigen Sonntag predigt Hr. P. Wimmer. Am Mittw. früh 8 Uhr soll allgem. Beichte gehalten werden.

Geborne: 17) Ein unehel. S. allh. 18) Ein unehel. S. v. Leubetha. 19) Joh. Estoph Adler's, E. u. Zimmerm. in Rebersreuth, L. Anna Ida. 20) Ein unehel. S. v. Freiberg. 21) Ein unehel. S. allh. 22) Estian Fr. Kospach's, E. in Siebenbrunn S. Karl Aug. 23) Mstr. Fr. Wilh. Glas's, früher B. u. Wagners allh., jetzt in Amerika, S. Julius Albin. 24) Hrn. Karl Blankmeister's, Advokaten's allh. S. Karl Günther. 25) Joh. Estian Niesel's, Webers in Gettengrün S. Joh. Louis.

Beerdigte: 10) Martin Fischbach, Handarb. allh. 74 J. 2 M. 23 T. 11) Estiane Regine Groß allh., eine unverheiratete Person, 75 J. 15 T. 12) Joh. Georg Steinel's, E. u. Zimmerm. in Freiberg, Ehefrau, geb. Schmutzler, 69 J. 2 M. 8 T. mit Predigt. 13) Eine unehel. L. in Freiberg.

### Bekanntmachung.

Von dem Gesetz- und Verordnungsblatte für das Königreich Sachsen auf das Jahr 1851 ist ferner eingegangen das 5. Stück, welches enthält:

Nr. 14. Verordnung zu Bekanntmachung der mit der französischen Republik getroffenen Uebereinkunft über die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher; vom 19. Januar 1851.

Nr. 15. Gesetz, die Ablösung der Naturalleistungen an Geistliche und Schullehrer betr.; vom 10. Februar 1851.

Nr. 16. Urkunde über die Stiftung des Albrechtsordens; vom 31. Dezember 1850.

und bereits an den gewöhnlichen Orten zur allgemeinen Einsicht ausgelegt worden ist.

Adorf, den 1. März 1851.

Der Stadtrath daselbst.  
Schmidt, Bgmstr.

### Bekanntmachung.

Nachdem die zeitherigen Rathsmitglieder, Herr Christian Gottlob Schopper und Herr Friedrich Gottlieb Bräutigam, aus dem Rathscollégio ausgeschieden und am heu-

tigen Tage entlassen, dagegen aber die an deren Stelle Gewählten,

Herr Tuchmachermeister Karl Gottlob Degenkolb und Herr Hutmachermeister Johann Friedrich Voit, heute als Mitglieder des Stadtraths in Pflicht genommen, und in ihre Functionen eingewiesen worden sind, so wird solches der hiesigen Bürgerschaft hierdurch bekannt gemacht.

Adorf, den 4. März 1851.

Der Stadtrath daselbst.  
Schmidt, Bgmstr.

Verkauf. Ein noch in gutem Zustande sich befindliches Schlosserhandwerkzeug ist sofort zu verkaufen bei August Müller, Tuchmachermstr. in Adorf.

Die k. k. priv. Feuer-Versicherungs-Gesellschaft,

### „die Azienda in Triest“,

versichert mit einem Grundkapital von 2 Millionen Gulden C.-M. gegen Feuer-Schaden mittelst Unterzeichnetem: Waaren, Mobilien, Maschinen, Getreide, Vieh u. s. w. zu billiger fester Prämie, und gewährt bei mehrjährigen Versicherungen einen namhaften Rabatt. Prospective und Antragsbogen ertheilt gratis

die Agentur für Adorf und Umgegend.  
F. A. Staudinger in Adorf.

### Einladung.

Künftigen Sonntag, als den 9. März d. J., beabsichtigt der hiesige Jungfrauen-Verein einen Ball im Schießhause zu veranstalten, wozu hiesige und auswärtige Fremde ganz ergebenst eingeladen werden.

Adorf, den 3. März 1851.

Das Direktorium.

### Ein unter dem Schutze

seiner Regierung concessionirtes Etablissement sucht gegen gute Provision achtbare Agenten, gleichviel ob Privat- oder Kaufleute. — Offerten J. K. poste Restante Bingerbrück in Preußen (franco.)

Otto Meyer: Redaktör, Drucker und Verleger.